

Parlamentarischer Vorstoss

2023/458

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Schluss mit automatischen Steuererhöhungen - Ausgleich der warmen Progression
Urheber/in:	Fraktion FDP
Zuständig:	Alain Bai
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	31. August 2023
Dringlichkeit:	—

Der Begriff der warmen Progression beschreibt das Phänomen, dass Steuerpflichtige infolge des realen Wirtschaftswachstums in höhere Progressionsstufen geraten. Dadurch steigt erstens die Steuerbelastung stärker als die realen Einkommen und zweitens geraten immer mehr Steuerpflichtige in eine höhere bzw. in die höchste Progressionsstufe, was deren Abstufung unterläuft und tiefere und mittlere Einkommensschichten überproportional mehr belastet.

Steigen unsere Nominallohne, so werden diese zu höheren Tarifen besteuert. Während die kalte Progression im Kanton Basel-Landschaft ausgeglichen wird, indem die Steuertabellen jährlich an die Inflation angepasst werden, bleibt die warme Progression aussen vor. Steigt also die Kaufkraft unserer Löhne nicht (nur) inflationsbedingt, sondern als Folge eines Produktivitätswachstums, dann wird der Aufstieg in eine höhere Progressionsstufe nicht kompensiert. Dies hat zur Folge, dass ein Haushalt, der z.B. unverändert in der Mitte der Einkommensverteilung liegt, im Lauf der Jahre einen immer grösseren Einkommensanteil in Form von Steuern dem Staat abliefern muss. M.a.W. führt die warme Progression in Zeiten guter Konjunkturlage Jahr für Jahr zu einer automatischen Steuererhöhung.

Wie der Think-Thank Avenir Suisse unlängst berechnet hat, führte der Reallohnanstieg von 2010 bis 2020 um 8.4 % dazu, dass die steuerpflichtigen Haushalte aufgrund der warmen Progression allein an direkter Bundessteuer CHF 800 Mio. mehr bezahlt haben, als sie müssten, wenn ihre Steuerschuld ebenfalls nur proportional – also um 8.4% – gestiegen wäre. Berücksichtigt man die warme Progression nun auch noch auf Ebene des Kantons und der Gemeinden, fiel die automatische Steuererhöhung in den betreffenden Jahren um ein Vielfaches höher aus. Der Anteil der Steuerschuld am Haushaltsbudget nahm also kontinuierlich zu.

Dabei wäre eine Korrektur dieser demokratisch kaum legitimierten und ungewünschten Steuererhöhung gemäss Avenir Suisse denkbar einfach: Um auch die warme Progression zu kompensieren, müssten die Steuertabellen neu an den Nominallohnindex angepasst werden. So würde die Steuerschuld der Haushalte nicht mehr überproportional zum realen Einkommen, sondern mit der Rate des nominellen Einkommenswachstums zunehmen.

Der Regierungsrat wird aufgefordert, zu prüfen und zu berichten, wie sich die warme Progression in den letzten zehn Jahren im Kanton Basel-Landschaft auf die Steuereinnahmen des Kantons und die Haushaltsbudgets der Steuerpflichtigen ausgewirkt hat. Zudem wird er aufgefordert, die warme Progression im Rahmen der geplanten Einkommenssteuerreform zu kompensieren.